

Corona hinterlässt ein Steuerloch

In vielen Ostschweizer Gemeinden und Kantonen kommt es zu coronabedingten Steuerausfällen in Millionenhöhe.

Janina Gehrig und Silvan Meile

4,6 Millionen Franken. So viel Geld fehlt dem Kanton Appenzell Ausserrhoden voraussichtlich für dieses Jahr aufgrund der Coronapandemie. Das Minus bei den Firmensteuern macht rund 30 Prozent aus (Ausgabe vom 9. September). Ungefähr dieselbe Summe fehlt auch den Gemeinden. Auch in den anderen Ostschweizer Kantonen hinterlässt Corona ein Loch in der Kasse. Wenig Konkretes ist vorerst vom Steueramt des Kantons St. Gallen zu erfahren. Die Coronapandemie werde Auswirkungen auf den Kantonshaushalt haben, schreibt Leiter Felix Sager. Um welche Summe es sich handeln könnte, sagt Sager nicht. Er verweist auf die Medienkonferenz vom 23. September zum Budget 2021. Die Auswirkungen scheinen aber so gravierend nicht zu sein. Denn Sager schreibt: «Die zusätzlichen Kosten können voraussichtlich grösstenteils aus dem besonderen Eigenkapital finanziert werden.»

Der Stadt St. Gallen fehlen insgesamt 24 Millionen

Genauere Prognosen kann das Steueramt der Stadt St. Gallen liefern. Deren Leiter, Antonio Romano, verweist auf eine Interpellationsantwort des Stadtpräsidenten, die am 22. September auf der Traktandenliste der Stadtparlamentssitzung steht. Auf die Frage, welche Auswirkungen die Coronakrise auf den städtischen Finanzhaushalt habe, schreibt Thomas Scheitlin: «Für das Jahr 2021 muss mit einem Rückschlag bei den Steuern von rund 24,3 Millionen Franken gerechnet werden.» Die auf die Coronamassnahmen zurückgehenden Auswirkungen manifestierten sich vor allem bei den Steuererträgen der Firmen (minus 7 Mio. Franken) und bei den Natürlichen Personen (minus 5,2 Millionen). Weiter gebe es Ausfälle



Nicht nur die Firmensteuereinnahmen fallen geringer aus, sondern auch die Einnahmen bei Sportstätten oder etwa Parkgebühren. Bild: Getty

bei den Steuern aus Vorjahren (minus 3,8 Millionen) und der Quellensteuer (minus 1,4 Millionen). Verstärkt werde das Steuerminus zudem durch die Effekte aus der Steuerreform und der AHV-Finanzierung (STAF). Die Vorlage, die im Mai 2019 angenommen wurde, sollte der AHV Mehreinnahmen beschaffen, bedeutsame Steuerersatz für Unternehmen senken. Die Ertragsausfälle aufgrund Steuerreform belaufen sich für die Stadt St. Gallen auf weitere 9 Millionen Franken.

Laut Antonio Romano wird im Rahmen der Budgetdebatte geklärt, ob eine Steuerfusserhöhung angezeigt sei. Darüber werde der Stadtrat am 28. Oktober informieren. Einbussen gebe es aber nicht nur wegen verminderter Unternehmenssteuern, sondern auch bei den Gemeindebetrieben. So habe es

in der Stadt St. Gallen Ausfälle bei Parkgebühren, der Vermietung von städtischen Liegenschaften, Sportstätten, Genehmigungsgebühren und Konzessionseinnahmen gegeben. Und wie sieht es in den Rheintaler Gemeinden aus, in denen besonders viele Industriebetriebe ansässig sind, etwa in der Gemeinde Au, in der die SFS Services AG und Leica Geosystems AG zu finden sind? Laut dem Auer Gemeindepräsident, Christian Sepin, erwartet man bei den Steuereinnahmen im Jahr 2020 zwar «kaum coronabedingte Abweichungen». Geringere Einnahmen seien für die kommenden Jahre aber wahrscheinlich. Derzeit stehe eine Steuererhöhung aber nicht zur Diskussion. Ähnliches ist aus Oberriet zu vernehmen, wo etwa die Firmen Neo Vac und Jansen AG zu finden sind. Sicherlich werde es künftig coronabedingte Steuerausfälle geben, schreibt Gemeindepräsi-

dent Rolf Huber auf Anfrage. Die Ausfälle bei den Gemeindebetrieben wie dem Freibad und der Sporthalle seien verkraftbar. «Eine Steuerfusserhöhung wird durch den Gemeinderat im Budgetprozess diskutiert, dies ist jetzt noch kein Thema», sagt er.

Coronakrise traf Thurgau in komfortabler Finanzlage

Im Thurgau liegen noch keine offiziellen Finanzzahlen vor. Im Grossen Rat gab aber Finanzdirektor Urs Martin bereits einen Vorgeschmack zu den Auswirkungen der Coronakrise. «Ich kann schon jetzt sagen, dass dieses Jahr mit Steuerausfällen von rund 35 Millionen Franken gerechnet werden muss.» Mehr will er derzeit nicht sagen. Auch er verweist auf die Präsentation der Budgetbotschaft des Kantons am 24. September. Die Coronakrise trifft den Thurgau in einer relativ komfortablen Finanzlage. Noch vor Corona for-

dernten erste Stimmen im Grossen Rat bereits eine Steuerseinkung. Fünf Jahre in Folge wies der Kanton deutliche Gewinne aus. Und gleich in zwei Sparstunden sind die Kantonsfinanzen durchleuchtet worden. Die Rechnung 2019 schloss mit 70 Millionen Überschuss. Das gab der damalige Finanzdirektor Jakob Stark mitten im Lockdown bekannt. Er legte diese Millionen umgehend für die Bewältigung der Coronakrise zur Seite. Zurückhaltender zeigt man sich in den thurgauer Gemeinden. «Wir spüren noch keine gravierenden Steuerausfälle», sagt Nadja Stricker, Gemeindepräsidentin in Münchwilen. Für das definitive Budget 2021 warte der Hinterthurgauer Bezirkshauptort noch die Prognosen des Kantons ab. Sicher sei, dass Münchwilen fürs nächste Jahr keine Steuererhöhung ins Auge fassen müsse.

Auch Kurt Baumann, Präsident der Gemeinde Sirmach,

klagt nicht über Steuerausfälle. Im Gegenteil: Aktuell liege der Steuerertrag in seiner Gemeinde sogar leicht höher als prognostiziert. Fürs grosse Aufatmen in den Gemeinden ist es aber noch zu früh. Vor allem durch das Instrument der Kurzarbeit wurde die Coronakrise vorerst offenbar abgefedert. Mit Steuerausfällen und allenfalls mehr Sozialhilfefällen muss aber möglicherweise nachgelagert gerechnet werden. «Da ist eine Vorhersage natürlich sehr schwierig», sagt Nadja Stricker.

Arbeitslosigkeit zeigt sich erst in den Folgejahren

In der Stadt Frauenfeld erachtet es Stadtpräsident Anders Stokholm als zu früh, eine Aussage zu möglichen Steuerausfällen zu machen. Tendenziell dürften aber auch dort die Zahlen nicht sehr von jenen des Rechnungsjahres 2019 abweichen. Das kann als Zeichen gewertet werden, dass in der grössten Thurgauer Gemeinde der Steuerfuss belassen wird.

Doch auch Stokholm vermutet, dass sich die wirtschaftlichen Auswirkungen erst verzögert zeigen: «Eine erhöhte Arbeitslosigkeit würde sich erst in den Folgejahren richtig bemerkbar machen.» Erfreulich für Frauenfeld sei aber vorerst, dass die Steuerausfälle bei den juristischen Personen, den Unternehmen, aufgrund des neuen Steuergesetzes mit Neuzuzügen kompensiert werde. Mehr Sorgen bereitet die Steuerreform in Kreuzlingen. Dort sinken die Einnahmen bei den juristischen Personen deswegen jährlich um zwei Millionen Franken, wie Stadtpräsident Thomas Niederberger sagt. Mit wie viel weiteren Ausfällen er aufgrund der Coronakrise rechnet und ob eine Steuererhöhung in Betracht gezogen wird, behält er für sich. Über das Budget 2021 muss sich erst noch das Stadtparlament beugen.

Leserbriefe

Total verlogene EU

Inserat «Total verlogene EU», 12. September, «Liechtensteiner Vaterland», Seite 4

Dass im «Liechtensteiner Vaterland» vom Samstag, 12. September, ein Inserat der sogenannten «Schweizer Demokraten» mit einem inhaltlich teilweise verachtendem Menschenbild erscheinen konnte, ist – gelinde gesagt – eine Anstössigkeit sondergleichen.

Da wird über Menschen und Organisationen respektlos hergezogen und gegen Werte wie Solidarität und Nächstenliebe gewettert, dass einem der Atem stockt.

Nicht nur in einer Liechtensteiner Zeitung hat ein solch hetzerisches und menschenverachtendes Inserat, das weit über den rechten Rand hinaus-

platscht, nichts verloren.

Als Abonnenten Ihrer Zeitung zählen wir darauf, dass Sie künftig auf die Veröffentlichung solcher Hetzinserte verzichten.

Edith und Walter Nobel
Renita und Otto Tschugmell
Hampfländer 56, Balzers

«Umleitung wird missachtet»

Artikel «Umleitung wird missachtet – Autofahrer kürzen ab», 12. September, «Liechtensteiner Vaterland», Seite 2

Ich finde es bemerkenswert, wie sich unser Gemeinderat (= Vertreter der Stimmbürger Ruggells) Sorgen macht, dass die Autofahrer die vorgegebene Umleitung nicht einhalten,

sondern Abkürzungen nehmen. Sie sollten sich Gedanken machen, z. B. über die Sicherheit der Schulkinder, Einhaltung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit, Lärmbelastung sowie Luftverschmutzung!

Verena Büchel
Oberweilerstrasse, Ruggell

Canale Grande

Abwassermeister und Ingenieure wissen, dass es nicht so einfach ist, zum Beispiel ein stinkendes Abwasserrohr unter der österreichischen Bahnlinie durchzuführen. Bei einem solchen Projekt erscheinen wichtige Bahnfachleute, Wasser- und Ingenieurwissenschaften, Staatsrechtler und dergleichen aus Wien auf dem Plan und dann bekommen die Liechtensteiner Wassermeister und der Lan-

desplaner eine Lehrstunde in Sachen souveränem Hoheitsgebiet der ehemaligen K&K-Monarchie. Ist das Rohr im Dreck, dann steht fein und fies in einem Vertrag, dass Liechtenstein an Österreich alljährlich eine erkleckliche Summe zu zahlen hat, wenn es durch dieses Rohr seine Fäkalien aus den Latrinen plätschern lässt. Die «Stuhlgangmaut» sozusagen. Gar nicht auszudenken, was auf uns zukäme, wenn wir mit der Strasse unter der Bahn durchwollten. Prof. Dr. Viktor Arevalo schrieb dazu: «Als allentscheidend für Verkehrswege, die das Territorium eines Staates durchschneiden, um dritte Staaten zusammenzubinden, gilt der Souveränitätsvorbehalt! Das Land, das als Brücke zwischen Dritten dient, muss die Oberhoheit über die Brücke unbedingt behalten, sodass diese völkerrechtlich

und faktisch die Nation nicht zertrennt.» Seine intensive Suche nach einem Staatsvertrag oder einem Gesetz zwischen Liechtenstein und Österreich, der bzw. das den Vorbehalt für die S-Bahn-Strecke Feldkirch-Buchs regelt, verlief ohne jeden Erfolg.

Ein unhaltbarer Zustand, den es als Erstes und zwingend zu beseitigen gilt. Auf jeden Fall muss verhindert werden, dass die Bahnkonzession verlängert wird, ohne erst einen Staatsvertrag, welcher die Souveränitätsfrage eindeutig regelt, zu machen. Nach zehn Jahren reden bestehen einzig Absichtserklärungen, deren Schicksal die gehobene Maku- latur sein wird. Die Häufung von Dunklem, von Ungesagtem, von Vermutungen, schlicht von Dahergeschwätz und Geplappere, dürfte man-

chem Bürger ein Nein zu diesem S-Bahn-Unsinn leichtgemacht, ja förmlich entrisen haben. Vor dem Hintergrund, dass wir derzeit der Tschechischen Republik per Gericht aufbedingen wollen, uns endlich als Staat anzuerkennen und ernst zu nehmen und dafür Millionen von Steuergeldern in die Hand nehmen, würden wir bei einem Verzicht auf den Souveränitätsvorbehalt für die Bahntrasse zur Lachnummer und dem dümmsten Volk Europas. Da jedoch alle drei Vorlagen nicht verfassungskonform waren, sei an die Adresse der Politik gerichtet: Haltet euch treu an unsere Verfassung, seid in Zukunft ehrlich und anständig zu uns Bürgern, dann sind wir es auch zu euch.

Jo Schädler
Eschnerstrasse 64, Bendorf